

## **Frieden schaffen ohne Waffen?**

### **Die Friedensbewegung in Deutschland und das Ende des Kalten Krieges**

Dienstag, 6. Februar 2007, 19 Uhr

Landesvertretung Bremen, Hiroshimastraße 24, 10785 Berlin

Am 25. Januar 1982 veröffentlichte der Kommunist und SED-Dissident Robert Havemann gemeinsam mit dem Ostberliner Pfarrer Rainer Eppelmann den so genannten „Berliner Appell“, in dem sie und zahlreiche andere DDR-Bürger grundlegende demokratische Veränderungen in ihrem Staat forderten und ihn zur Abrüstung für ein Europa ohne Waffen aufforderten. Am 25. Jahrestag des „Berliner Appells“ luden die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gemeinsam mit Inforadio in die Landesvertretung der Freien Hansestadt Bremen ein, um an diesen Beitrag zu einer unabhängigen gesamtdeutschen Friedensbewegung zu erinnern.

Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler, die Bevollmächtigte Bremens beim Bund und für Europa, begrüßte zum zweiten Mal zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Stiftung Aufarbeitung und erinnerte an eine aus heutiger Sicht beinahe unvorstellbare innen- und außenpolitische Situation des Wettrüstens Ende der 1970er Jahre, in der sich zwei bis an die Zähne bewaffnete Systeme kampfbereit gegenüberstanden und sicherheitspolitische Begriffe wie „Overkill-Kapazität“ oder „Nukleares Patt“ Teil des alltäglichen Sprachgebrauches waren.

Prof. Dr. Manfred Wilke, Professor für Soziologie und derzeit Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Aufarbeitung, pflegte im Rahmen seiner wissenschaftlichen Arbeiten in den 1970er und 1980er Jahren enge Kontakte zu mittel- und osteuropäischen Dissidenten und Oppositionellen, unter ihnen auch Robert Havemann, dessen Werke er im Westen zu veröffentlichen half. Wilke schilderte in einem kurzen einführenden Vortrag Telefongespräche mit Havemann anlässlich des NATO-Doppelbeschlusses von 1979. Havemann warf damals die Frage auf, was denn die Deutschen gemeinsam tun sollten. Diese Frage, die durchaus gesamtdeutsch zu verstehen war, inspirierte Havemann später zu Briefen an den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und an den KPdSU-Parteichef Leonid Breschnew. Ersteres, eine nach DDR-Strafrecht „ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ und „staatsfeindliche Hetze“, sollte seine Isolierung unter Hausarrest zwar noch verstärken, führte bei dem schwer erkrankten Havemann allerdings nicht mehr zu einer Verurteilung.

Gemeinsam mit Rainer Eppelmann forderte Havemann im „Berliner Appell“ den Rückzug der Besatzungsmächte aus Europa. Die USA sollten Westdeutschland verlassen, die Sowjetunion sich aus ganz Mittel- und Osteuropa zurückziehen. Beide

deutschen Staaten sollten aus ihre Militärbündnissen, der NATO und dem Warschauer Pakt, austreten. Vom vermeintlichen Friedensstaat DDR verlangten die Verfasser die Abschaffung der Wehrpflicht, den Verzicht auf den verpflichtenden Wehrkundeunterricht, den Verbot von Kriegsspielzeug und das Unterlassen von Militärparaden zugunsten von Feiern, die den staatlichen Friedenswillen bekunden. Dieser Aufruf stellte nach Wilke einen bedeutenden Beitrag Havemanns im Kampf für Frieden und Demokratie gegen die SED dar und gab den später entstehenden Friedenskreisen die politische Plattform. Havemann selbst verstarb rund drei Monate nach Veröffentlichung des Berliner Appells in Grünheide bei Berlin.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung trafen unter der Moderation von Alfred Eichhorn (Inforadio rbb) Zeitzeugen der Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre aufeinander, unter ihnen Dr. Antje Vollmer (Bündnis 90/ Die Grünen), Rainer Eppelmann (Vorstandsvorsitzender der Stiftung Aufarbeitung), Bundesverteidigungsminister a.D. Prof. Dr. Hans Apel und der Europaabgeordnete Dr. André Brie (PDS), früheres Mitglied der DDR-Delegation bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Es kam zunächst die Frage auf, welche Konsequenzen die Zivilcourage der Friedensbewegung überhaupt haben konnte, in einer Zeit der Sanktionen gegen Südafrika, dem Verbot der Gewerkschaft Solidarność in Polen, dem Ende der Regierung Schmidt und dem Beginn der Regierung Kohl, in einer Zeit, in der die Schlagersängerin Nicole beim Grandprix de l'Eurovision mit dem Titel „Ein bisschen Frieden“ gewann. Wurde die westdeutsche Friedensbewegung, die sich durch ihren Protest gegen die Aufrüstung der NATO und gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik den Interessen der Warschauer Pakt-Staaten annäherte, von der ostdeutschen Führungsriege instrumentalisiert? Welche Bedeutung hatte die Entscheidung zum NATO-Doppelbeschluss für das politische Klima in der Bundesrepublik und in der DDR?

Rainer Eppelmann berichtete von den Bedürfnissen friedensorientierter Menschen in der DDR, die sich nicht mehr durch die staatlichen Definitionen von Aggression oder Frieden zufriedenstellen ließen, sondern erkannt hatten, dass auch die sowjetischen SS20 alles „andere als Friedenstauben“ waren. Die Staatsführung selbst, so Brie, ließ sich allerdings nicht auf eine Diskussion über die Gefahren des Wettrüstens ein. Innerhalb der Bevölkerung der DDR habe die Defensive im eigenen Land allerdings weit über die Oppositionskräfte hinaus polarisiert und weitere Schichten mobilisiert. Antje Vollmer berichtete von ihren Erfahrungen als Grünen-Mitglied der ersten Stunde, als man sich in Westdeutschland ihrer Ansicht nach zu einseitig gegen die Aufrüstung im eigenen weltpolitischen Lager wandte, aber nicht den Blick über die Systemgrenzen hinaus erweiterte. Petra Kelly, Gerd Bastian und nicht zuletzt sie selbst hätten mit ihrem

grenzüberschreitenden Aspekt der Friedensbewegung den entscheidenden Schliff gegeben, denn so nahmen auch andere westdeutsche Parteien die Thematik auf. Das Konzept der Konfrontation konnte nicht mehr als eine dauerhafte und gewinnbringende Lösung betrachtet werden, die „Imponiergehabepolitik“ wurde, so Vollmer, durch die intelligente und subversive Alternative der Friedensbewegung abgelöst. Das Verantwortungsgefühl, dass das Wenige, das getan werden kann auch getan werden muss, habe, so Eppelmann, angesichts der unklaren Situation auch viele Zeitgenossen in der DDR zum Handeln inspiriert. Prof. Dr. Hans Apel ergänzte die Debatte aus seiner Sicht als damaliger Verteidigungsminister der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt. Demnach wurde in Regierungskreisen die Friedensbewegung der DDR anfangs kaum bis gar nicht zur Kenntnis genommen, da zu Beginn der achtziger Jahre der noch offene Ausgang der Abrüstungsfrage die politische Agenda der Bundesrepublik und des NATO-Bündnisses bestimmte. Auch der innerparteiliche Konsens in der SPD stand anlässlich des NATO-Doppelbeschlusses zur Disposition, die Zerwürfnisse innerhalb der Koalition, die schließlich zum Rücktritt sämtlicher FDP-Minister und zum Zusammenbruch des Regierungsbündnisses führten, standen im Vordergrund. Die Bemühungen der Friedensbewegungen auf ostdeutscher Seite, die ihren gesamtdeutschen Charakter verstärkten, traten nach Apel erst im Laufe der achtziger Jahre ins Bewusstsein.

In der anschließenden offenen Diskussionsrunde wurde dem Publikum die Möglichkeit gegeben, eigene vertiefende Fragen an die Podiumsteilnehmer zu richten. So erkundigten sich einige nach der Wirkung der Friedensbewegung auf das westdeutsche Parteiensystem oder nach der emanzipatorischen Kraft, die das Thema auf die Zivilgesellschaft und ihr politisches Engagement ausübte. Auch auf die schleichende Veränderung innerhalb der SED wurde hingewiesen, die – so Vollmer – die Dynamik der immer internationaler werdenden Bewegung nach einiger Zeit erfasste und in der Partei, so Brie, immerhin die Bereitschaft zu einseitigen Schritten aufkeimen ließ. Rückblickend waren sich schließlich alle Teilnehmer einig – und so konnte es das Publikum auch an der lebhaften Diskussion auf dem Podium ablesen –, dass die damalige Frage um die Zukunft der Blockkonfrontation eine hoch emotionalisierte Debatte war. Dies, so Brie, würde der heutigen Lage angesichts nach wie vor ungeklärter Abrüstungs- und Proliferationsfragen nicht minder nützen.

Julia Spohr, Berlin